

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Gesche Marxfeld
Beigeordneter Jörg Mückenwarf

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Christian Ressel

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

es fehlten entschuldigt

Stellv. Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Grundmandat Thorsten Moritze

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Armin Schönfelder
Stadtrat Oliver Leinert
Leitung Referat 4 Referat für Personal und Organisation Jens Müll
Fachbereichsleiter 11 Gerd-Dieter Mönck
Fachbereichsleiter SDW Ulrich Dierkes
Stellv. Fachbereichsleiter SDW Thorsten Breer
Gleichstellungsbeauftragte Ellen Seehausen
Protokollführer Helge Jürgens

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 5.1 Information über die Personalsituation bei der Berufsfeuerwehr mit Überlegungen über die zukünftige Vorgehensweise
- 3 **Vorlagen an den Rat**
- 3.1 Antrag Gruppe GUS: Umwandlung der Stelle des/der Klimaschutz- **525/2018**
managers/Klimaschutzmanagerin von befristet in unbefristet
- 4 **Vorlagen an den Verwaltungsausschuss**
- 4.1 Unbefristete Einstellung einer Schulsachbearbeiterin/eines Schulsach- **231/2018**
bearbeiters für das Neue Gymnasium Wilhelmshaven (NGW)
- 4.2 Unbefristete Einstellung einer Diplom-Ingenieurin/eines Diplom- **232/2018**
Ingenieurs der Fachrichtung Hochbau/Architektur/Bauingenieurwesen
für das Bauordnungsamt
- 4.3 Unbefristete Einstellung einer Betriebswirtin/eines Betriebswirtes oder **233/2018**
einer Diplom-Kauffrau/eines Diplom-Kaufmanns für das Rechnungs-
prüfungsamt
- 4.4 Unbefristete Einstellung einer Stadtplanerin/eines Stadtplaners für den **234/2018**
Fachbereich für Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.5 Einstellung von VerwaltungsmitarbeiterInnen **235/2018**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.2 100 Jahre Frauenwahlrecht

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Heinemann** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Heinemann stellte den Antrag, den TOP 5.1 vorzuziehen und als ersten TOP zu behandeln. Es gab keine Einwände.

Die Tagesordnung wurde in der geänderten Form festgestellt.

5.1 Information über die Personalsituation bei der Berufsfeuerwehr mit Überlegungen über die zukünftige Vorgehensweise

Zur Einführung in das Thema erläuterte **Herr Leinert** kurz die sich weiter verbessernden Rahmenbedingungen bei der Berufsfeuerwehr. Nach Fertigstellung der Feuerwache 2 in 2019 sei die Berufsfeuerwehr sehr gut ausgestattet. Daneben würden in den Entwurf des Haushalts 2019/2020 erhebliche Mittel für die Umsetzung des umfangreichen Fahrzeugkonzepts sowie für die persönliche Schutzausrüstung der Feuerwehrbeamten und für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren eingestellt werden.

Herr Müll erläuterte anhand der anliegenden PowerPoint-Präsentation die aktuelle Personalsituation der Berufsfeuerwehr und stellte heraus, dass es durch geplante Einstellungen von NotfallsanitäterInnen, Rettungsassistentinnen und Brandmeistern bis Anfang 2019 zu einer spürbaren Verbesserung kommen werde. Um dauerhaft die erforderliche Personalstärke im Einsatzdienst sicherstellen zu können, würden neben 12 Brandmeisteranwärtern, die sich derzeit im Vorbereitungsdienst befinden, zum 01.04.2019 weitere 5 BrandmeisteranwärterInnen eingestellt – trotz der nur geringen Zahl an Beamten, die bis 2024 aus Altersgründen in den Ruhestand treten werden.

Der Fachbereich Organisation überprüfe derzeit den Stellenwert verschiedener Funktionen im Einsatzdienst. Dabei zeichne sich ab, dass es in einigen Fällen zu einem höheren Stellenwert kommen wird. Die Änderungen würden Bestandteil des Stellenplans 2019/2020 werden, so dass sich hieraus Beförderungsmöglichkeiten ergeben würden. Zudem sei beabsichtigt, einen Beamten des mittleren Dienstes zum Aufstieg in den gehobenen Dienst zuzulassen.

Frau Weinstock, Herr Heinemann, Herr Walpurgis, Herr Harms und Herr Prof. Preuß bedankten sich für die Informationen und sahen die Feuerwehr auf einem besseren Weg, als es die Berichterstattung in der Presse vermuten ließ. Die Ausschussmitglieder begrüßten die bereits eingeleiteten und die noch geplanten Maßnahmen, um den aktuellen Problemen zu begegnen.

Auf Frage von **Frau Weinstock** erklärte Herr Müll, dass eine eigene Notfallsanitäterschule aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr angedacht sei, zumal die Bundeswehr als möglicher Nutzer der Schule sich bereits anderweitig gebunden habe und die Ausbildung eines Teils der bei der Berufsfeuerwehr erforderlichen Notfallsanitäter in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Friesland schon abgeschlossen sei.

Herr Ressel bat um Information zum Durchschnittsalter der Feuerwehrbeamten und regte an, Feuerwehrbeamte von Aufgaben zu entlasten, die nicht zwingend den Einsatz von Feuerwehrbeamten erfordern.

Antwort zu Protokoll:

Das aktuelle Durchschnittsalter der Feuerwehrbeamten (ohne Anwärter) beträgt 43,0 Jahre (Stand 31.08.2018).

Auf Antrag des Vorsitzenden wurde Gästen einstimmig das Rederecht eingeräumt.

Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Herr Weinberg, begrüßte zwar die positive Entwicklung der Mitarbeiterzahl durch Einstellungen bis Anfang 2019, wies aber auch auf die Beamten hin, die die Berufsfeuerwehr verlassen möchten. Er äußerte die Befürchtung, dass die zu leistenden Mehrarbeitsstunden eine Belastung für die Gesundheit der Feuerwehrbeamten darstellen. Zudem verwies er auf die von der Belegschaft geäußerte Kritik mangelnder Wertschätzung.

Auf Frage von Herrn Weinberg, wie die neu für den Rettungsdienst eingestellten und noch einzustellenden Beschäftigten die Lücken schließen sollten, erläuterte Herr Leinert, dass geplant sei, die Fahrerfunktion im Rettungswagen mit Beschäftigten zu besetzen. Im Übrigen bestünde eine kontroverse Diskussion mit dem Dienststellenpersonalrat, Beschäftigte in der Leitstelle einzusetzen. Zur Kritik mangelnder Wertschätzung verwies Herr Leinert erneut auf die bereits erfolgten und noch geplanten erheblichen Investitionen in Gebäude, Fahrzeuge und Ausstattung der Feuerwehrbeamten. Bei jeder Feuerwehrveranstaltung seien der Oberbürgermeister, die Bürgermeisterin/der Bürgermeister oder er selber zugegen.

Herr Walpurgis unterstrich die Bedeutung einer intakten Berufsfeuerwehr und Freiwilligen Feuerwehr für die Sicherheit der Bevölkerung.

Auf Frage von **Frau Weinstock** wies Herr Müll darauf hin, dass es nach wie vor keine Feuerwehrbeamtinnen innerhalb der Berufsfeuerwehr gäbe, dass für den Rettungsdienst aber die ersten Frauen eingestellt worden seien.

Laut **Herrn Heinemann** sei es nicht nur von großer Bedeutung, neue MitarbeiterInnen zu gewinnen, sondern auch vorhandene MitarbeiterInnen zu halten. Er regte die Überprüfung der Stellenbewertungen an, um durch gute Besoldung als Dienstherr attraktiv zu sein.

Herr Schönfelder unterstützte diese Initiative, zumal die Anforderungen an technische Bereiche sich im Laufe der Zeit erhöht hätten. Angesichts der mittlerweile deutlich unterschiedlichen Besoldung bei Bund und Ländern solle über kommunale Spitzenverbände zudem auf eine Angleichung hingewirkt werden. Die Zahlung eines Personalgewinnungszuschlages beurteilte Herr Schönfelder kritisch, da dies lediglich ein Wettrennen zwischen Dienstherrn auslösen würde und die Solidarität der Kommunen untereinander gefährde. Vielmehr müsse für BewerberInnen das Gesamtpaket aus Attraktivität als Dienstherr und Arbeitgeber aber auch als Wohnort mit beispielsweise Kitas und Schulangeboten stimmen.

Auf Frage von **Herrn Harms** erläuterte **Herr Müll**, dass eine Rückzahlungsverpflichtung für Ausbildungskosten für den Fall, dass Feuerwehrbeamte die Stadt verlassen, nicht zulässig sei.

Die Ausschussmitglieder sprachen sich bei einer Enthaltung durch Herrn Ressel dafür aus, dass die Verwaltung die Stellenwerte bei der Berufsfeuerwehr überprüft.

3 **Vorlagen an den Rat**

3.1 **Antrag Gruppe GUS: Umwandlung der Stelle des/der Klimaschutz- 525/2018 managers/Klimaschutzmanagerin von befristet in unbefristet**

Der Vorsitzende **Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag vor und bat die Gruppe GUS vorzutragen.

Frau Weinstock berichtete, dass der fortschreitende Klimawandel und dessen Auswirkungen zu schaffen machen. Daher sei es notwendig und wichtig für die Stadt, einen Klimaschutzmanager als feste, unbefristete Stelle im Haushalt zu haben. Der Klimaschutzmanager leiste anerkannte Arbeit, sei gut vernetzt und auch über die Stadtgrenzen hinaus unser Gesicht für die Klimaschutzziele unserer Stadt geworden.

Herr Walpurgis ergänzte, dass er gute Arbeit mache, sehr aktiv sei und mit seiner Familie bereits hierher umgesiedelt sei mit dem Ziel dauerhaft zu bleiben. Er habe gute Ziele, die Wilhelmshaven als bereits ausgezeichnete Klimaschutzkommune voranbringen können.

Herr Schönfelder wies darauf hin, dass eine Förderung an die Aufgabe gebunden sei, die auch langfristig erhalten werden soll. Sein Vorschlag: Das Ansinnen in die zuständigen Ausschüsse mit der Ergänzung weiterzutragen, dass die Verwaltung gebeten wird, eine förderunschädliche und auf nachhaltige Unterstützung gerichtete Entfristung vorzunehmen. Es müsse an den Fördergeber mit der Frage herangetreten werden, in welcher Form eine Entfristung möglich sei, damit die Förderung dauerhaft erhalten bleibe. Zurzeit dauert die Förderung 3 Jahre, davon ist der Klimaschutzmanager bereits 1 ½ Jahre beschäftigt.

Herr Heinemann bat um Handzeichen dafür, dass der TOP vertagt wird, und zwar bis zur Prüfung der Fördermöglichkeiten in Bezug auf die Entfristung für die Zukunft. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Beschluss: - vertagt -

Mit dem Haushaltsjahr 2019/2020 wird die befristete Stelle der/des Klimaschutzmanagerin/Klimaschutzmanagers in eine unbefristete Stelle geändert.

4 **Vorlagen an den Verwaltungsausschuss**

Ausnahmen vom Einstellungsstopp

4.1 Unbefristete Einstellung einer Schulsachbearbeiterin/eines Schulsachbearbeiters für das Neue Gymnasium Wilhelmshaven (NGW) **231/2018**

Der Vorsitzende **Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Müll erläuterte auf Anfrage von **Herrn Harms** kurz die Aufgaben einer Schulsachbearbeiterin/eines Schulsachbearbeiters.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird eine Schulsachbearbeiterin/ein Schulsachbearbeiter auf unbestimmte Zeit nach Entgeltgruppe 6 TVöD mit 19,5 Wochenstunden für das NGW eingestellt.

4.2 Unbefristete Einstellung einer Diplom-Ingenieurin/eines Diplom-Ingenieurs der Fachrichtung Hochbau/Architektur/Bauingenieurwesen für das Bauordnungsamt **232/2018**

Der Vorsitzende **Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Ressel begrüßte, dass mehr Personal eingestellt werde, um u.a. die Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Herr Müll erläuterte auf die Frage von **Herrn Harms**, dass es sich hier um eine Nachbesetzung handele, da der bisherige Stelleninhaber gekündigt habe.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird eine Diplom-Ingenieurin/ein Diplom-Ingenieur der Fachrichtung Hochbau/Architektur/Bauingenieurwesen auf unbestimmte Zeit nach Entgeltgruppe 11 TVöD in Vollzeit für das Bauordnungsamt eingestellt.

4.3 Unbefristete Einstellung einer Betriebswirtin/eines Betriebswirtes 233/2018
oder einer Diplom-Kauffrau/eines Diplom-Kaufmanns für das
Rechnungsprüfungsamt

Der Vorsitzende **Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Frau Weinstock begrüßte, dass bereits während einer internen Ausschreibung das „OK“ für eine evtl. notwendige externe Besetzung eingeholt wird, um Besetzungsverfahren zu beschleunigen.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Vorbehaltlich einer erfolglosen internen Stellenausschreibung wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Betriebswirtin/ein Betriebswirt oder eine Diplom-Kauffrau/ein Diplom-Kaufmann auf unbestimmte Zeit nach Entgeltgruppe 10 TVöD in Vollzeit für das RPA eingestellt.

4.4 Unbefristete Einstellung einer Stadtplanerin/eines Stadtplaners für 234/2018
den Fachbereich für Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Vorsitzende **Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird eine Stadtplanerin/ein Stadtplaner für den Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung eingestellt (unbefristet in Vollzeit, Entgeltgruppe 14 TVöD bzw. Besoldungsgruppe A 14 NBesG).

4.5 Einstellung von VerwaltungsmitarbeiterInnen **235/2018**

Der Vorsitzende **Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Walpurgis fragte, in welchen Bereichen sich die Stellen befinden. **Herr Müll** erklärte, dass es zurzeit nicht feststehe. Vakanzen im Hause werden intern ausgeschrieben, so dass Besetzungsketten ausgelöst werden, bei denen voraussichtlich am Ende festgestellt wird, dass sie nicht mehr besetzt werden

können. Um keine Zeit zu verlieren, soll heute über diesen Punkt abgestimmt werden, um nicht für jede einzelne Besetzung eine Ausnahme vom Einstellungsstopp einholen zu müssen.

Er fügte hinzu, dass es besser wäre, wenn man im Rahmen des Stellenplans immer Stellen ohne gesonderten Beschluss besetzen könnte (nur bei zusätzlichen Stellen gesonderte Beteiligung der Politik). **Frau Weinstock** befürwortete den Vorschlag.

Herr Schönfelder erklärte, es müsse Ziel aller sein, dass Stellen im Stellenplan zügig nachbesetzt werden, damit keine übermäßigen Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eintreten, die ggf. die Aufgaben der freien Stellen mit übernehmen müssen; aber interne Ausschreibungen sollen zunächst den Kolleginnen und Kollegen Perspektiven geben, das mache die Attraktivität der Verwaltung aus.

Herr Heinemann wies darauf hin, dass die grundsätzliche Aufhebung des Einstellungsstopps nur durch den Rat möglich sei. Eine entsprechende Vorlage wäre von der Verwaltung dort einzubringen.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Besetzung vakanter Planstellen in der Verwaltung bis zu 6 MitarbeiterInnen (Besoldungsgruppen A 9/A 10 bzw. Entgeltgruppen 9/10 TVöD) unbefristet einzustellen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.2 100 Jahre Frauenwahlrecht

Frau Seehausen wies darauf hin, dass in diesem Jahr 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert wird. Sie unterstrich die gute Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Friesland und warb für die geplanten Veranstaltungen. Entsprechende Flyer seien in Arbeit und werden den Mitgliedern zeitnah zur Verfügung gestellt. Zwei Veranstaltungen werden in Wilhelmshaven stattfinden und Frau Seehausen würde sich freuen, wenn sie bzw. ihre Nachfolgerin viele Ratsmitglieder dort begrüßen könnte.

Im Anschluss schloss **Herr Heinemann** den öffentlichen Teil der Sitzung und dankte dem Vertreter der Wilhelmshavener Zeitung, Herrn Siefken, für die Teilnahme.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:05 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in